

Beschluss des Fraktionsvorstands der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag**NEUSTART DEUTSCHLAND: entlasten, investieren
und entfesseln**

Das Corona-Virus hat die größte Wirtschaftskrise unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg verursacht. Zu Beginn dieser Krise reagierte die Politik – in weiten Teilen im Konsens von Regierung und Opposition – mit akuten Abwehrmaßnahmen wie der Ausweitung des Kurzarbeitergeldes. Dieses punktuelle Vorgehen war damals richtig. Heute reicht es aber nicht mehr aus.

Mittlerweile ist klar: Die Binnenkonjunktur hat sich nachhaltig eingetrübt. Die Menschen halten sich beim Konsum nicht nur wegen gesundheitlicher Sicherheitsmaßnahmen zurück, sondern weil sie zutiefst verunsichert sind mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Unternehmen müssen teilweise radikale Umsatz- und Gewinnausfälle verkraften. Das betrifft binnenwirtschaftlich orientierte Branchen genauso wie exportorientierte. Die Krisenreserve Eigenkapital wird immer stärker angegriffen. Steuern, Abgaben und Bürokratie lasten neben Corona auf den Betrieben. Diese Belastungen wirken besonders hart in einem krisenbedingt härter werdenden internationalen Wettbewerb. Sie behindern zudem die Entwicklung neuer Innovationen bei Produkten, Dienstleistungen und Prozessen. Dabei ist Innovation eine zentrale Antwort auf krisenbedingte Herausforderungen. Das ist ein langfristiges Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung weit über die Corona-Krisen hinaus. Denn eine erfolgreiche Volkswirtschaft lebt von Innovationen.

Die Antwort der Freien Demokraten auf diese Lage ist klar: Wir benötigen mehr als punktuelle Akut-Maßnahmen. Wir Freie Demokraten wollen einen wirtschafts- und steuerpolitischen Impuls,

- der die Binnenkonjunktur effektiv ankurbelt,
- den Unternehmen die realistische Möglichkeit gibt, wieder Krisenreserven zu bilden und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, sowie
- die Innovationskraft unserer Volkswirtschaft systematisch stärkt.

Dazu schlagen wir einen Dreiklang vor aus: entlasten, investieren und entfesseln!

Entlasten stärkt die arbeitende Mitte, sichert ihre Arbeitsplätze und stärkt ihre Kaufkraft. Das macht mehr Sinn, als den Menschen erst über Steuern ihr Geld wegzunehmen, um es ihnen dann über Kaufprämien und Gutscheine zurückzugeben, die den Konsum nach Zuruf durch Lobby-Gruppen steuern sollen. Wir benötigen kein Wettrennen um die teuersten Lobby-Geschenke

zulasten der arbeitenden Mitte in unserem Land. Nur wenn wir die arbeitenden Menschen in diesem Land stärken, werden wir auch gestärkt aus der Krise herausgehen. Mit einem milliardenschweren Entlastungsprogramm geben wir Freie Demokraten im Bundestag eine klare Antwort auf die eingebrochene Konjunktur nach der Corona-Krise.

Investieren ist die notwendige Bedingung für Wachstum. Investieren ist die Demonstration von Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft. Wachstum ist erforderlich, um krisenbedingt aufgelaufene Schulden des Staates und die private Verschuldung zurückzuführen. Das Vertrauen in den Produktions- und Investitionsstandort Deutschland muss daher schnell gestärkt werden. Wettbewerbsbedingungen müssen sich verbessern. Private Investitionen müssen attraktiver werden. Der Staat muss mit Investitionen in Digitalisierung und Infrastruktur das Land auf den nächsten Aufschwung vorbereiten.

Entfesseln bedeutet, die Wirtschafts- und Innovationskraft der deutschen Unternehmen freizusetzen. Dazu gehört, dass der Staat sich nicht immer stärker in die Wirtschaft einmischt. So verführerisch es jetzt auch für viele Politiker sein mag, sich durch die Corona-Hilfen in die Arbeit vieler Unternehmen stärker einzumischen, so falsch wäre es. Denn es gilt nach wie vor: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Dazu gehört auch, das dichte Netz an Bürokratie und bürokratischem Mikromanagement des wirtschaftlichen Alltags auf ein angemessenes Maß zurückzuführen.

Kurz: Wir müssen die Menschen und Unternehmen entlasten. Wir müssen in eine bessere Zukunft investieren. Und wir müssen die Kräfte unserer Wirtschaft entfesseln. Deutschland braucht einen Neustart, um die ökonomischen Herausforderungen der Corona-Krise zu meistern.

1. Wir entlasten private Haushalte und Betriebe

Wir schlagen Entlastungen für private Haushalte im Umfang von ca. 73 Mrd. EUR in den Krisenjahren 2020/21 vor:

- Wir schaffen den Mittelstandsbauch vollständig ab über drei Jahre bis 2023. So entlasten wir die arbeitende Mitte des Landes, damit der Krankenpfleger und die Angestellte im Einzelhandel netto mehr in der Tasche haben. Das eröffnet ihnen Spielräume, um die Binnenkonjunktur zu stärken. Die Entlastungswirkung allein für 2021 beträgt ca. 16 Mrd. EUR durch die Verschiebung des zweiten Tarifeckwerts der Einkommensteuer.
- Wir verschieben den Tarifeckwert der Einkommensteuer (Spitzensteuersatz) von heute knapp 56.000 EUR auf 70.000 EUR im Jahr 2021 und korrigieren die leistungsfeindliche Kalte Progression: Entlastungswirkung pro Jahr ca. 9 Mrd. EUR.
- Wir schaffen den Solidaritätszuschlag vollständig für alle ab, rückwirkend zum 01.01.2020, und lösen ein Versprechen der Politik ein: Entlastungswirkung pro Jahr 20 Mrd. EUR.

Wir schlagen Entlastungen für Unternehmen und Betriebe im Umfang von ca. 30 Mrd. EUR in den Krisenjahren 2020/2021 vor:

- Wir führen eine befristete, einmalige „Negative Gewinnsteuer“ ein, mit einer deutlichen Erweiterung der steuerlichen Verlustverrechnung, wie von den „Wirtschaftsweisen“ angeregt: Entlastungswirkung ca. 25 Mrd. EUR entsprechend der Inanspruchnahme.
- Wir wollen die Stärkung des Eigenkapitals im Mittelstand erleichtern, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und damit die Krisenreserven schnell wieder aufgefüllt werden müssen. Dafür setzen wir uns für verbesserte Thesaurierungsbestimmungen ein.
- Wir wollen Investitionen fördern durch die Verbesserung von Abschreibungsbedingungen (ca. 5 Mrd./Jahr), und zwar insbesondere die befristete degressive Abschreibung über max. 3 Jahre für alle beweglichen Wirtschaftsgüter, die befristete degressive Abschreibung für Immobilien und vor allem verbesserte
- Abschreibungsbedingungen für digitale Wirtschaftsgüter, wie auch von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen.

2. Haushaltspolitische Vorfahrt für Investitionen

Wir setzen uns für eine haushaltspolitische Vorfahrtregel ein: Investieren statt konsumieren. Deshalb muss es nach der Krise zwingend einen Ausgabenstopp für konsumtive Ausgaben geben. Maßnahmen nach dem Gießkannenprinzip und Subventionen ohne effektive Innovations- oder Anschubwirkung müssen gestrichen werden. Konsumtive Maßnahmen ohne Wachstumseffekt sind in der aktuellen Situation weder finanziell machbar, noch sinnvoll. Wichtig sind jetzt Weichenstellungen für eine schnelle Erholung der deutschen Wirtschaft und die richtigen Impulse, um ein innovatives, technologiegetriebenes und nachhaltiges Wachstum auszulösen. Entsprechend dem Vorschlag der „Wirtschaftsweisen“ sind demnach Investitionen in den Breitbandausbau und die Digitalisierung von Behörden und Schulen zentral.

- Investitionen in Infrastruktur: Trotz eines außergewöhnlichen Wirtschaftswachstums und Rekordsteuereinnahmen ist es Bund, Ländern und Gemeinden in den vergangenen Jahren nicht gelungen, den massiven Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur auch nur annähernd abzubauen. Wir brauchen mehr privates Kapital durch sogenannte Öffentlich-Private-Partnerschaftsmodelle (ÖPP). Denn Baumaßnahmen wie der sechsspurige Ausbau der A1 zwischen Hamburg und Bremen haben gezeigt, dass Zeit- und Kostenrahmen verlässlicher gehalten werden als bei konventionellen Varianten, bei denen der Bund selber baut. Bei Investitionen in die Infrastruktur gilt: Wenn es schnell und wirtschaftlich gehen soll, müssen Private mit ins Boot geholt werden.
- Investitionen in digitale Netze: Spätestens die Corona-Krise hat gezeigt, was viele zuvor ahnten: Bei der Digitalisierung und der dazugehörigen Infrastruktur ist Deutschland Schlusslicht Europas. Daher fordern wir den Glasfaserausbau durch bürokratiearme Gigabit-Gutscheine für Haushalte

und Unternehmen massiv zu beschleunigen. Die Gutscheine können bei den Netzbetreibern für den Ausbau ihres Anschlusses eingelöst werden. Mit sogenannten Lückenschluss-Aktionen müssen endlich die verbliebenen Funklöcher schnell und wirtschaftlich geschlossen werden. Bei dieser Auktion erhält der Bieter den Zuschlag, der mit den geringsten Zuschüssen für den Ausbau auskommt. So können Frequenzen der Gebiete, in denen sich ein marktwirtschaftlicher Ausbau nicht lohnt, wie bisher unter Wettbewerbs- und Ausbauauflagen versteigert werden und der langwierige Aufbau des Bürokratiemonsters Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft kann unterbleiben. Die Welt bricht ins 5G-Zeitalter auf, während sich Deutschland mit Funklöchern und langsamem Internet herumschlägt. Das wollen wir ändern.

- Investitionen in digitale Prozesse in Verwaltung und Unternehmen: Um die Chance zu nutzen, die uns Investitionen in einen Neustart Deutschlands auch im Bereich der Digitalisierung bieten, wollen wir die Anreize so setzen, dass die technologische Modernisierung Deutschlands entschieden vorangebracht werden kann. Die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung wollen wir schneller und mit mehr Nachdruck vorantreiben. Es ist eine Frage der Zukunftsfestigkeit Deutschlands, wenn Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen möglichst alle Amtsgeschäfte auch online erledigen können, um Lebenszeit und Kosten zu sparen. Hinzu kommt, dass eine nachhaltige Digitalisierung wie ein Entbürokratisierungsprogramm wirkt. Denn die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen bietet die große Chance, diese nicht einfach von analog auf digital zu übertragen, sondern jeden Prozess von unnötigen Zwischenschritten und Bürokratie zu befreien und zusätzliche Kräfte freizusetzen, die dem Land zugute kommen. Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, dass nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Wirtschaft Nachholbedarf bei der digitalen Transformation von Geschäftsmodellen und Prozessen besteht. Für die Belebung Deutschlands mit neuen, digitalen Geschäftsmodellen und die digitale Transformation bereits bestehender Geschäftsmodelle wollen wir ein Förderprogramm aufsetzen, über das Beratungsgutscheine für die digitale Transformation von Geschäftsmodellen und Prozessen in Unternehmen sowie finanzielle Unterstützung für die Umsetzung in die Praxis gewährt werden.
- Investitionen in Bildung und Forschung: Wir brauchen einen digitalen Quantensprung für unsere Schulen und Berufsschulen. Dazu gehören Onlinekurse mit guten Inhalten, geschultes Lehrpersonal und Zugang zu mobilen Endgeräten für alle. Wir brauchen jetzt einen Digitalpakt 2.0: Denn die angeschaffte Technik muss dauerhaft Eingang in moderne digitale Lern- und Lehrmethoden finden. Dann können wir auch in hybriden Unterrichtsmodellen Schülerinnen und Schüler individuell bestmöglich und didaktisch anspruchsvoll unterstützen. Digitale Bildung kann so helfen, die soziale Kluft zu schließen, und eine Brücke zum sozialen Aufstieg für alle werden. Damit Unternehmen mehr in Forschung und Entwicklung

investieren können, wollen wir die steuerliche F&E-Förderung befristet auf 50 Prozent anheben.

3. Wir entfesseln die Wirtschaft mit mehr Binnenmarkt und weniger Bürokratie

Unser Wohlstandsmotor ist der EU-Binnenmarkt. Gerade dieser hat in den ersten Wochen der Corona-Krise besonders gelitten. Unterbrochene Lieferketten müssen jetzt schnellstmöglich wieder geschlossen und neue Chancen des freien Handels genutzt werden. Außerdem erweist sich die deutsche Bürokratie in der Krise als besonderes Hemmnis. Wir wollen mit ganz konkreten Vorschlägen unsere Betriebe entfesseln und so Wachstumschancen in echtes Wachstum umsetzen.

- **Grenzen öffnen:** Geschlossene Binnengrenzen innerhalb der Europäischen Union beeinträchtigen nicht nur jeden Tag hundertausendfach gelebte individuelle Freiheit von EU-Bürgern. Sie sind auch eine massive Belastung für zahlreiche Branchen in der Wirtschaft und schädigen die Konjunktur. Wir müssen daher schnellstmöglich wieder zu offenen Grenzen und einem freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen in der Europäischen Union kommen. Auch über die EU-Außengrenzen hinaus gilt, dass eine Re-Nationalisierung und De-Globalisierung mehr Wohlstand auf der Welt vernichten würden, als es die Corona-Pandemie selbst könnte. Ein möglichst freier und regelbasierter Handel ist der beste Garant für Frieden und Wohlstand in der Welt. Deshalb muss Deutschland das CETA-Abkommen schnellstmöglich ratifizieren und das Mercosur-Abkommen mit Südamerika retten.
- **Umfassendes europäisches Cloud-Ökosystem aufbauen:** Alle Maßnahmen im Bereich der Entwicklung digitaler Plattformen sollten auf europäischer Ebene integriert und im Sinne der Entwicklung eines europäischen Cloud-Ökosystems vorangetrieben werden. Deutschland kann hier mit dem bereits weit vorangeschrittenen Projekt GAIA-X beitragen. Auf dieser Grundlage kann eine Zusammenarbeit, über Branchen hinweg, das Angebot von Anwendungen und Dienstleistungen sowie das Zusammenführen von bereits existierenden oder im Aufbau befindlichen Cloud-Ökosystemen auf Ebene des Staates, der Verwaltung, Bildung, Gesundheit, Wirtschaft und Gesellschaft nach estnischem Vorbild organisiert werden. Bei all diesen Maßnahmen wollen wir insbesondere den innovativen deutschen Mittelstand sowie die Startup-Szene mit einbinden und stärken.
- **Ideen entfesseln:** Bereits vor der Corona-Krise hat der bürokratische Dschungel in Deutschland die Start-Up-Gründung zum Abenteuer gemacht. Wir wollen, dass künftig eine Reise zur Selbständigkeit zur Tagestour wird. Dafür brauchen wir unkomplizierte Abläufe durch einfache Onlineverfahren. Wir wollen, dass ein Online-Portal, in dem die Behördengänge digitalisiert, gebündelt und vereinfacht werden, eine Unternehmensgründung innerhalb von 24 Stunden ermöglicht. In

Freiheitszonen sollen Behörden und Verwaltungen im Hinblick auf regulatorische Maßnahmen einen höheren Freiheitsgrad genießen und so besonders günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen anbieten können. Denn für Wachstum und Wertschöpfung ist es nicht nur wichtig, bestehenden Unternehmen das Überleben zu erleichtern. Es ist entscheidend, dass neue Unternehmen ganz einfach entstehen können. Nur der Wettbewerb wird die Wirtschaft wieder dynamisieren und beleben können. Dazu sind Start-Ups unverzichtbar! Moderne Industriepolitik ist Innovationspolitik. Der Zukunftsfonds zur Finanzierung von Startups in der Wachstumsphase muss noch in dieser Legislaturperiode Realität werden. Wir wollen die Mitarbeiterkapitalbeteiligung modernisieren, damit Startups im Wettbewerb um die besten Köpfe erfolgreich sind. Ideen sollen nicht nur in Deutschland entstehen, sondern auch groß werden können.

- Planungsverfahren vereinfachen: Straßen und Schienen, aber auch Stromtrassen und Breitbandnetze: Die Infrastruktur ist für eine brummende Wirtschaft das A und O. In den letzten Jahren ging es jedoch kaum voran bei der Modernisierung und beim Ausbau der Infrastruktur. Das liegt nicht am Geld, sondern vor allem an Planungsverfahren im Schneckentempo. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen ganz dringend beschleunigt werden. Es muss Schluss sein mit Doppelprüfungen in den Genehmigungsverfahren und das ganze Verfahren muss endlich komplett digitalisiert werden. Auch die immer strenger werdenden natur- und umweltschutzrechtlichen Regeln müssen auf den Prüfstand.
- Schlankheitskur für Stromkosten mit marktwirtschaftlicher Energiewende: Deutschland hat die höchsten Strompreise in Europa für nahezu alle Verbrauchergruppen. 52 Prozent der Kosten für Haushalte sind dabei staatlich veranlasst. Wir wollen daher eine Schlankheitskur für Stromkosten und die Steuern, Umlagen und Abgaben auf Energie grundlegend reformieren. Dazu wollen wir die Stromsteuer sofort auf das europäische Mindestmaß absenken, denn sie entfaltet keine ökologische Lenkungswirkung mehr. Die EEG-Umlage soll künftig schrittweise aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Mittelfristig finanziert sich dies aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung, die wir europäisch über eine Ausweitung des Emissionshandels auf alle Sektoren und möglichst viele Mitgliedstaaten umsetzen wollen. So werden Unternehmen und Haushalte entlastet und eine ganzheitliche Energiewende in allen Sektoren marktwirtschaftlich angereizt.
- Jump Start für Arbeitsplätze: Mit den Sozialschutzpaketen wurde schnelle Unterstützung auf den Weg gebracht. Die Große Koalition will mit ihrem Konjunkturpaket die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld verdoppeln. Diese Maßnahmen zielen aber vorrangig auf die Sicherung bestehender Beschäftigungsverhältnisse. Nicht berücksichtigt werden jedoch Menschen, die auf der Arbeitssuche sind. Denn so richtig es ist, bestehende Jobs zu erhalten, so wichtig ist es aber auch, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir fordern deshalb einen Jump Start für Arbeitsplätze: Künftig soll die

Entstehung von zusätzlich Arbeitsplätzen gefördert werden, indem bei allen Neueinstellungen die Sozialversicherungsbeiträge bis Jahresende 2020 aus Steuermitteln finanziert werden. Ausgeschlossen sind hiervon natürlich Neueinstellungen, bei denen kürzlich ein Beschäftigungsverhältnis beim selben Arbeitgeber beendet wurde. So wird Missbrauch effektiv verhindert.

Ansprechpartner:

Christian Dürr MdB, stellv. FDP-Fraktionsvorsitzender

Telefon: 030 227 - 77260 – E-Mail: christian.duerr@bundestag.de

Michael Theurer MdB, stellv. FDP-Fraktionsvorsitzender

Telefon: 030 227 - 79413 – E-Mail: michael.theurer@bundestag.de